

## **P r o t o k o l l**

der Einwohnergemeindeversammlung Ennetbaden vom  
Donnerstag, 16. November 2000, 20.00 Uhr in der Turnhalle

	Büro
Vorsitzender:	Dieter Gerber, Gemeindeammann
Protokollführer:	Anton Laube, Gemeindeschreiber
Stimmzähler:	Marlis Markwalder Katharina Schwab

--oo0oo--

### **Traktanden**

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Juni 2000
2. Genehmigung des Voranschlages 2001
3. Genehmigung von Kreditabrechnungen
  - 3.1 Patenschaft für ein Investitionsvorhaben in der Berggemeinde Chironico TI
  - 3.2 Projektierung Parkraum unter dem Schulhausplatz und im Posttäli
  - 3.3 Werkleitungserneuerungen und Sanierung Trottenstrasse
  - 3.4 Sanierung der oberen Hertensteinstrasse; Teilstück Gemeindegrenze bis Panoramarestaurant
  - 3.5 Wasserversorgung; Verbindungsleitung Terrassenweg
4. Sanierung Turnhalle und Foyer; Projektierungskredit
5. Verkehrskreisel Knoten Landvogteischloss; Projektierungskredit
6. Parkhaus Posttäli; Kreditbegehren
7. Zustimmung zur Buslinienverlängerung Richtung Äusserer Berg mit baulichen Massnahmen; Kreditbegehren
8. Verschiedenes

**Gemeindeammann Dieter Gerber** heisst alle Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung herzlich willkommen und freut sich über die grosse Zahl der Teilnehmenden. Er führt einleitend aus, dass vor einem Jahr der Zusatzkredit von 1,5 Mio. Franken für das Ausschreibungsprojekt der Kern- und Bäderumfahrung bewilligt wurde. Für die Erstellung der Submissionsunterlagen (Aushubdepot, Betriebszentrale, Werkleitungenverlegungen etc.) hat die Erstellung oder der Verzicht auf das Parkhaus Posttäli einen wesentlichen Einfluss, weshalb dieser Entscheid heute gefällt werden muss. Der Landerwerb für die Umfahrung ist in der letzten Phase. Der Kanton hat in den letzten Wochen mit allen Grundeigentümer/-innen die Einzelheiten betreffend Landbeanspruchung während der Bauphase besprochen und schriftlich eröffnet. Die Vorschläge bzw. bei Einigung die unterzeichneten Verträge und die Enteignungstabelle werden im Sommer 2001 an die Schätzungskommission nach Baugesetz zur Genehmigung weitergeleitet. Der Landerwerb wird somit bis Ende 2001 abgeschlossen.

Der öffentliche Verkehr hat den Gemeinderat im laufenden Jahr stark beschäftigt. Die Auswirkungen des neuen eidgenössischen Eisenbahngesetzes und des kantonalen Gesetzes über den öffentlichen Verkehr werden nun spürbar. Der Bund zieht sich bei der Finanzierung des Regionalverkehrs weitgehend zurück und der Kanton überträgt die Entscheidung inkl. hauptsächliche Finanzierung des Agglomerationsverkehrs an die Gemeinden. Neu wurde die Postautolinie Baden – Siggenthal dem Agglomerationsverkehr zugeteilt. Die Finanzierung dieser Linie obliegt somit neu den Gemeinden Baden, Ennetbaden, Ober- und Untersiggenthal. Die Kosten werden nach dem gleichen Schlüssel wie bei den RVBW verteilt. Für die Gemeinde Ennetbaden hätte dies einen Kostenanteil von rund Fr. 130 000.— ausgemacht. Nachdem Ennetbaden von dieser Linie mit zwei Haltestellen nur einen geringen Nutzen hat, haben die drei anderen Gemeinden einer Reduktion des Kostenanteiles von Ennetbaden um 25 % auf Fr. 96 000.— zugestimmt. Beim Agglomerationsverkehr können die Gemeinden heute selber entscheiden, wobei sich die jeweils betroffenen Gemeinden im Rahmen des Verkehrsverbandes Aargau Ost (VAO), zum Beispiel bei einer Taktveränderung, selbstverständlich einigen müssen. Eine vollständige Entscheidungsfreiheit besteht nur bei einer Linienverlängerung, die ausschliesslich das eigene Gemeindegebiet betrifft, weshalb heute ein entsprechendes Traktandum vorliegt.

Er stellt fest, dass die Einladungen zur heutigen Gemeindeversammlung fristgerecht zugestellt wurden und die Unterlagen zu den Traktanden ordnungsgemäss auflagen. Laut Stimmregister sind am heutigen Tage 2 044 Personen stimmberechtigt. Laut Ausweiskontrolle sind **213 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (10,4 %) anwesend**. Für endgültige Beschlüsse müssten 409 Stimmberechtigte anwesend sein. Sämtliche Beschlüsse unterstehen somit dem fakultativen Referendum.

Die **Traktandenliste** der heutigen Gemeindeversammlung wird auf Anfrage hin **ohne Änderungen stillschweigend gutgeheissen**.

## **1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Juni 2000**

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Juni 2000 wurde mit den Einladungsunterlagen schriftlich zugestellt. Nachdem auf Anfrage hin keine Änderungen oder Ergänzungen erfolgen, **beantragt** er, das Protokoll zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Juni 2000 **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**.

## 2. Genehmigung des Voranschlages 2001

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Mit dem Voranschlag 2001 wird eine Senkung des Steuerfusses von 104 % um 4 % auf 100 % vorgeschlagen. Die Hauptgründe sind die gute Bilanz, in der die Anlagen im Finanzvermögen durch Eigenkapital und das Verwaltungsvermögen durch passivierte Abschreibungen abgedeckt sind. Die Fremdverschuldung von 4,5 Mio. Franken kann im laufenden Jahr weiter reduziert werden und dürfte für Ennetbaden rund 10 mal höher liegen. Der Handlungsspielraum wird durch die Senkung des Steuerfusses nicht tangiert, da keine Pflichtabschreibungen mehr zu tätigen sind. Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben Wasser und Abwasser sieht die Bilanz nicht so gut aus, weshalb die Preise um je 20 Rappen pro m<sup>3</sup> erhöht werden müssen. Der Hauptgrund ist der anhaltende Sanierungsbedarf der entsprechenden Werkleitungen, weshalb diese Eigenwirtschaftsbetriebe heute stark verschuldet sind. Dazu kommt, dass bei der Wasserversorgung das Reservoir Grendel saniert bzw. ein neues Sammelbecken beim Waldfestplatz gebaut werden muss. Bei der Abwasserbeseitigung sind noch immer Beiträge an die Sanierung der Abwasserreinigungsanlage in Turgi zu leisten und beim Postplatz muss ein Regenklärbecken erstellt werden.

Er erläutert sodann den Voranschlag 2001 anhand von Folien über die Gesamtrechnung, die Investitionen inkl. Finanzierung, den Aufwand und Ertrag der einzelnen Verwaltungsabteilungen und die Eigenwirtschaftsbetriebe. Der effektive Aufwand steigt gegenüber dem laufenden Jahr um rund 5 %. Darin sind folgende einmalige Aufwendungen von insgesamt rund Fr. 400 000.— enthalten:

- Ersatz Telefonanlage im Gemeindehaus	Fr.	50 000.—
- Einrichtung Raum im EG des Gemeindehauses für die Verwaltung	Fr.	60 000.—
- Aufarbeitung Vermessungsdaten nach neuen Bundesvorschriften	Fr.	52 000.—
- Sanierung Schützenhaus 50/25 m Schiessanlage	Fr.	90 000.—
- Neueinrichtung Textiles Werken im Primarschulhaus	Fr.	90 000.—
- Ersatz der Fenster beim Jugendraum im Kindergarten Grendel	Fr.	25 000.—
- Entwicklungsrichtplan Bäder/Zentrum	Fr.	50 000.—

Ohne diese einmaligen Aufwendungen wäre der effektive Aufwand etwa gleich hoch wie im Jahre 2000. Dazu kommen die jährlichen Mehraufwendungen für den öffentlichen Verkehr, welche im Jahre 2001 rund Fr. 180 000.— höher ausfallen.

Die Investitionen sind mit insgesamt 4,2 Mio. Franken wiederum sehr hoch. Die wesentlichsten Ausgaben entfallen auf die Umfahrung und die Sanierung der Strassen inkl. Werkleitungen bei der Strasse Im Berg/Obere Rebbergstrasse und der Höhtalstrasse.

Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben wird der Wasserpreis von Fr. 1.30/m<sup>3</sup> auf Fr. 1.50/m<sup>3</sup> und der Abwasserpreis von Fr. 1.60/m<sup>3</sup> auf Fr. 1.80/m<sup>3</sup> erhöht. Die Gebührenerhöhung erfolgt auf den ordentlichen Zählerablesezeitpunkt, das heisst per 1. April 2001 und wird deshalb erst teilweise wirksam im Jahre 2001. Bei der Abfallbeseitigung beträgt der Zuschuss der Gemeinde rund Fr. 42 000.— (14 %). Der Kostendeckungsgrad von 86 % entspricht den Zielsetzungen des Abfallreglementes.

Nachdem die **Diskussion** nicht benützt wird, **beantragt Gemeindeammann Dieter Gerber** dem vorliegenden Budget 2001 mit einem um 4 % auf 100 % reduzierten Steuerfuss und einer

Gebührenerhöhung beim Wasser auf Fr. 1.50/m<sup>3</sup> und beim Abwasser auf Fr. 1.80/m<sup>3</sup> zuzustimmen.

In der **Abstimmung** wird dieser Antrag **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme gutgeheissen.

### 3. Genehmigung von Kreditabrechnungen

#### 3.1 Patenschaft für ein Investitionsvorhaben in der Berggemeinde Chironico TI

**Gemeinderätin Marianne Daglio-Reber:** Die Gemeindeversammlung vom 13. November 1997 hat für eine neue Pumpstation zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in der Berggemeinde Chironico TI einen Investitionsbeitrag von Fr. 150 000.— bewilligt. Dieser Beitrag wurde entsprechend dem Baufortschritt in drei gleichen Raten überwiesen. Die Einweihung erfolgt im Frühling/Sommer 2001. Es ist vorgesehen, die Gemeinde Chironico auf diesen Zeitpunkt zu besuchen. Die Einladung an die Bevölkerung erfolgt rechtzeitig. Die Kreditabrechnung lautet:

Bewilligter Kredit vom 13. November 1997	Fr. 150 000.—
Investitionsbeiträge laut Abrechnung	<u>Fr. 150 000.—</u>

= **Kreditüberschreitung** Fr. —.—

Die **Diskussion** wird nicht benützt. **Gemeindeammann Dieter Gerber** erwähnt, dass sämtliche Kreditabrechnungen von der Finanzkommission geprüft wurden und **beantragt**, die Kreditabrechnung der Patenschaft für ein Investitionsvorhaben in der Berggemeinde Chironico TI im Betrage von Fr. 150 000.— zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme gutgeheissen.

#### 3.2 Projektierung Parkraum unter dem Schulhausplatz und im Posttäli

**Gemeinderätin Marianne Daglio-Reber:** Am 18. November 1993 wurde für die Projektierung der Parkierungsanlagen unter dem Schulhausplatz und im Posttäli ein Kredit von Fr. 220 000.— bewilligt. Die beiden Vorprojekte inkl. einer detaillierten Schätzung der Baukosten wurden inzwischen ausgearbeitet und bereinigt. Die Kostenüberschreitung von rund 4,5 % ist auf die seit der Krediterteilung eingetretene Teuerung und die Einführung der Mehrwertsteuer auf den 1. Januar 1996 zurückzuführen. Die Abrechnung der Projektierungskosten lautet:

Bewilligter Kredit vom 18. November 1993	Fr. 220 000.—
Projektierungskosten laut Kreditabrechnung	<u>Fr. 230 249.75</u>

= **Kreditüberschreitung** Fr. 10 249.75

Nachdem die **Diskussion** nicht benützt wird, **beantragt Gemeindeammann Dieter Gerber** die Kreditabrechnung über die Projektierung der Parkierungsanlagen unter dem Schulhausplatz und im Posttäli im Betrage von Fr. 230 249.75 zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung über die Projektierung der Parkieranlagen unter dem Schulhausplatz und im Posttäli **mit grosser Mehrheit** bei einer Gegenstimme **genehmigt**.

### 3.3 Werkleitungserneuerungen und Sanierung Trottenstrasse

**Gemeinderätin Marianne Daglio-Reber:** Für die Erneuerung der Werkleitungen und die Sanierung der Trottenstrasse wurde am 12. November 1998 ein Kredit von Fr. 1 830 000.— gutgeheissen. Die Bauarbeiten wurden im Jahre 1999 und 2000 ausgeführt. Infolge sehr preisgünstigen Unternehmerangeboten und keinen unvorhergesehenen Aufwendungen konnte der Baukredit um rund 20 % unterschritten werden. Die Bauabrechnung lautet wie folgt:

	<b>Bewilligter Kredit</b>	
	<b>Bauabrechnung</b>	
Strassenbau inkl. öffentliche Beleuchtung	Fr. 540 000.—	Fr. 392 956.75
Wasserleitungserneuerung	Fr. 390 000.—	Fr. 328 943.95
Abwasserleitungserneuerung	Fr. 750 000.—	Fr. 594 366.45
Elektrizität (Gemeindeanteil Rohrblock)	Fr. 150 000.—	Fr. 146 049.20
Total	<u>Fr. 1 830 000.—</u>	<u>Fr. 1 462 316.35</u>
<b>= Kreditunterschreitung</b>		<b><u>Fr. 367 683.65</u></b>

Eine **Diskussion** wird auf Anfrage nicht gewünscht. **Gemeindeammann Dieter Gerber beantragt**, die Kreditabrechnung für die Werkleitungserneuerungen und Sanierung der Trottenstrasse im Betrage von Fr. 1 462 316.35 zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung für die Werkleitungserneuerungen und Sanierung der Trottenstrasse **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **gutgeheissen**.

### 3.4 Sanierung der oberen Hertensteinstrasse; Teilstück Gemeindegrenze bis Panoramarestaurant

**Gemeinderätin Marianne Daglio-Reber:** Für die Erneuerung des Belages der oberen Hertensteinstrasse, Teilstück Gemeindegrenze bis Panoramarestaurant, wurde am 18. November 1999 ein Kredit von Fr. 110 000.— gesprochen. Die Arbeiten wurden zusammen mit der Gemeinde Obersiggenthal im Sommer 2000 ausgeführt. Die Kostenüberschreitung von rund 2 % ist auf die Preissteigerung im Tiefbaugewerbe zurückzuführen. Die Abrechnung der Baukosten lautet:

Bewilligter Kredit vom 18. November 1999	Fr. 110 000.—
Baukosten laut Kreditabrechnung	<u>Fr. 112 224.90</u>
<b>= Kreditüberschreitung</b>	<b><u>Fr. 2 224.90</u></b>

Die **Diskussion** wird nicht benützt. **Gemeindeammann Dieter Gerber beantragt**, die Kreditabrechnung für die Sanierung des Belages der oberen Hertensteinstrasse, Teilstück Gemeindegrenze bis Panoramarestaurant, im Betrage von Fr. 112 224.90 anzunehmen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung für die Sanierung des Belages der oberen Hertensteinstrasse **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **angenommen**.

### 3.5 Wasserversorgung; Verbindungsleitung Terrassenweg

**Gemeinderätin Marianne Daglio-Reber:** Für die Verbindungsleitung Terrassenweg wurde am 8. Juni 2000 ein Kredit von Fr. 40 000.— bewilligt. Diese Wasserleitung führt vom Ende des Terrassenweges bis zur Hauptwasserleitung zum Hochzonenreservoir Chalberweid. Die Arbeiten wurden im August ausgeführt. An den Gesamtaufwand von brutto Fr. 32 302.10 hat das Aargauische Versicherungsamt einen Beitrag von rund 6 % bzw. Fr. 2 084.— geleistet, sodass die Nettobelastung für die Gemeinde noch Fr. 30 218.10 beträgt. Die Bauabrechnung lautet:

Bewilligter Kredit vom 8. Juni 2000	Fr.	40 000.—
Baukosten laut Kreditabrechnung brutto	Fr.	<u>32 302.10</u>
<b>= Kreditunterschreitung</b>	<b>Fr.</b>	<b><u>7 697.90</u></b>

In der **Diskussion** erkundigt sich **Herr Erwin Gysel**, warum die Gemeindeversammlung den Bruttobetrag von Fr. 32 302.10 und nicht die Nettobelastung von Fr. 30 218.10 zu genehmigen hat. **Finanzverwalter Walter Hochuli** erwähnt, dass die Kreditabrechnung analog des Kreditbegehrens aufgrund des Bruttobetrages erstellt wurde. Bei der Auflösung wird die Investitionseinnahme in Abzug gebracht, sodass die Wasserversorgung mit dem Nettobetrag belastet wird. **Gemeindeammann Dieter Gerber beantragt**, die Kreditabrechnung für die Verbindungsleitung Terrassenweg im Betrage von brutto Fr. 32 302.10 zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung für die Verbindungsleitung Terrassenweg **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **gutgeheissen**.

### 4. Sanierung Turnhalle und Foyer; Projektierungskredit

**Vizeammann Michael Wetzel:** Die Frage nach möglichen und nötigen Sälen und Hallen war in Ennetbaden verschiedentlich ein Thema. Früher war geplant, im Bachteli eine neue, grössere Mehrzweckhalle zu bauen. Im Rahmen der Umfahrungsplanung wurde diskutiert, ob auf dem heutigen Schulhausareal eine neue, grössere Turnhalle für den Oberstufenturnunterricht gebaut und die heutige Turnhalle künftig als Gemeindesaal umgestaltet werden soll. Heute ist bekannt, dass in Ennetbaden infolge Regionalisierung der Oberstufen die beiden Sekundarschulklassen mittelfristig wegfallen. Dies bedeutet, dass für den Turnunterricht der Unterstufe keine neue, grössere Turnhalle erforderlich ist.

Die heutige Turnhalle stammt aus dem Jahre 1928. Sie dient der Schule, den Vereinen und für private Anlässe bzw. öffentliche Veranstaltungen. Trotz einem Umbau im Jahre 1964 ist das

Raumkonzept der Turnhalle mit Nebenräumen veraltet. Beispielsweise ist im Untergeschoss eine Küche und das dazugehörige Office für den Saal befindet sich im Erdgeschoss. Der Nasszellenbereich (Duschen und Garderoben) ist erneuerungsbedürftig. Das Foyer im Eingangsbereich ist von der Grösse her für Orientierungsversammlungen ideal aber sonst nicht sehr geeignet. Die Turnhalle selber hat einige Sicherheitsmängel und der Brandschutz muss verbessert werden. Die Lüftung, die Heizung, die Beleuchtung und die Lautsprecheranlage sind bei verschiedenen Veranstaltungen immer wieder bemängelt worden. Zudem ist die Turnhalle mit den Nebenräumen nicht rollstuhlgängig. Der bauliche Zustand, das heisst das Mauerwerk selber ist in einem guten Zustand. Die Haustechnik, die Fassaden, die Fenster, die Dacheindeckung und die Isolation müssen jedoch erneuert werden. Die Studie eines Architekturbüros hat ergeben, dass ein Umbau mit der heutigen Hülle und einem talseitigen Anbau im Erdgeschoss sinnvoll ist. Die Kosten der gesamten Sanierung betragen rund 2,8 Mio. Franken. Davon entfallen allein rund Fr. 800 000.— auf die Sanierung der Heizung, Lüftung und Sanitäreinrichtungen. Parallel zu den Abklärungen wurde auch die Frage eines Neubaus geprüft. Ein Neubau mit gleichem Volumen und Raumprogramm würde rund 2 Mio. Franken teurer. Im Einvernehmen mit der Schulpflege wird deshalb auf einen Neubau verzichtet und eine umfassende Sanierung der heutigen Gebäulichkeiten weiterverfolgt. Die dafür notwendigen Projektierungskosten betragen Fr. 185 000.—. Bei Gutheissung des Projektierungskredites wird die Planung durch eine Arbeitsgruppe in Angriff genommen, sodass bis etwa in einem Jahr eine Baukreditvorlage unterbreitet werden kann.

Die **Diskussion** wird auf Anfrage hin nicht gewünscht. **Gemeindeammann Dieter Gerber beantragt**, für die Sanierung der Turnhalle mit Nebenräumen einen Projektierungskredit von Fr. 185 000.— zu bewilligen.

In der **Abstimmung** wird der Projektierungskredit **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **bewilligt**.

## **5. Verkehrskreisel Knoten Landvogteischloss; Projektierungskredit**

**Gemeinderat Markus Weber:** Der Verkehrsknoten beim Landvogteischloss hat für die Region Baden und die Gemeinde Ennetbaden eine zentrale Bedeutung. Bereits in den Jahren 1991/1992 haben der Kanton, die Stadt Baden und die Gemeinde Ennetbaden einen Projektierungskredit bewilligt. Das ausgearbeitete allgemeine Bauprojekt mit einer Lichtsignalanlage wurde infolge der hohen Kosten von rund 9 Mio. Franken und der Finanzknappheit des Kantons im Jahre 1995 sistiert und der Projektierungskredit abgerechnet. Nachdem der Knoten Landvogteischloss aufgrund der Unfallstatistik in unserer Region eine der unfallträchtigsten, gefährlichsten Kreuzungen ist, muss eine Sanierung mit Erhöhung der Verkehrssicherheit erfolgen. Zudem belastet die Stausituation in den Spitzenstunden durch Ausweichverkehr das Gemeindestrassennetz. Im Jahre 1999 hat der Kanton, im Einvernehmen mit der Stadt Baden und der Gemeinde Ennetbaden, eine Kreisellösung studiert. Er zeigt anhand einer Folie, dass eine Kreisellösung mit dem Verkehr aus drei Richtungen möglich ist. Allerdings sind die Baukosten aufgrund der topographischen Verhältnisse, die entsprechende Aufschüttungen und Kunstbauten erfordern, mit rund 6 – 7 Mio. Franken ebenfalls sehr hoch. Die Vorteile einer Kreisellösung gegenüber einem Knotenausbau mit Lichtsignalanlage sind die grössere Leistungsfähigkeit, was für den abfliessenden Verkehr Richtung Ehrendingen jedoch eine separate Spur erfordert. Zudem sind die Baukosten rund 30 % tiefer und die Betriebskosten sind wesentlich weniger hoch. Ebenso ist städtebaulich vorteilhaft, dass keine Lichtsignalmasten aufgestellt werden müssen und der Kreisel kann in der Mitte begrünt werden.

Die Projektierungskosten für den Kreisel betragen Fr. 420 000.—. Davon gehen 40 % zulasten des Kantons, 20 % zulasten der Stadt Baden und 40 % bzw. Fr. 168 000.— zulasten der Gemeinde Ennetbaden. Damit die Voraussetzungen für einen Sanierungsbeginn im Jahre 2003, unter dem Vorbehalt der Finanzierungsmöglichkeiten des Kantons, geschaffen werden können, ist die Projektierung im Jahre 2001 vorgesehen. Das Hauptziel der Sanierung ist, den Verkehrsfluss aus den verschiedenen Fahrtrichtungen und die Verkehrssicherheit zu verbessern.

In der **Diskussion** erwähnt **Herr Bruno Kocher**, dass die Anordnung der verschiedenen Bushaltestellen, insbesondere jene auf der Ehrendingerstrasse, nicht unproblematisch ist. Zudem stellt er fest, dass die Einmündung von der Aue her sehr schwierig ist.

**Frau Marie-Christine Thury-Im Hof** bemerkt, dass der Fussgängerstreifen so nahe am Kreisel von der Sicherheit her nicht sehr gut ist.

**Frau Judith Meier-Gander** erkundigt sich, ob das Kreiselprojekt auf die Umfahrung und die jetzt laufende Spurerweiterung Richtung Hochbrücke abgestimmt ist?

**Herr Bruno Derungs** möchte wissen, ob die Gemeinde Wettingen sich an den Kosten beteiligt?

**Gemeindeammann Dieter Gerber** bestätigt, dass die Anordnung der verschiedenen Bushaltestellen, der Fussgängerstreifen und die Ausgestaltung der Einmündung von der Aue her, im Zuge der Detailprojektierung nochmals genau geprüft werden müssen, damit das Ziel, die Verkehrssicherheit zu verbessern auch erreicht wird. Die Projektierung des Kreiselprojektes ist auf die Umfahrung und die Spurerweiterung Richtung Hochbrücke abgestimmt. Die Spurerweiterung Richtung Hochbrücke ist die erste Etappe. Die zweite Etappe ist der Knoten Landvogteischloss und die dritte Etappe, die später folgt, ist vom Kreisel Richtung Ennetbaden. Eine Kostenbeteiligung der Gemeinde Wettingen ist nicht möglich, da der Knoten auf den Gemeindegebieten von Baden 1/3 und Ennetbaden 2/3 liegt.

**Herr Italo Daglio** ist der Ansicht, dass die geschätzten Kosten von 6 – 7 Mio. Franken sehr hoch sind. Bei der weiteren Projektierung sollte verlangt werden, dass die Baukosten tiefer ausfallen müssen. Wie sieht der Kostenverteiler für den Bau des Knotens aus?

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Der Kostenverteiler für den Bau ist ähnlich wie für die Projektierungskosten. Die geschätzten Kosten für den Kreisel sind tatsächlich sehr hoch. Es ist allerdings zu beachten, dass allein für die talseitigen Kunstbauten Kosten von rund 1,3 Mio. Franken anfallen. Zudem entstehen hohe Aufwendungen für den Verkehrsdienst während der Bauzeit und der Ausbau muss zur Aufrechterhaltung der Verkehrsströme in kleinen Etappen erfolgen. Die genauen Kosten werden mit dem Detailprojekt ermittelt.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, **beantragt Gemeindeammann Dieter Gerber** den Kredit von Fr. 168 000.— als Gemeindebeitrag für die Projektierung eines Verkehrskreisels beim Knoten Landvogteischloss zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird der Projektierungskredit für den Verkehrskreisel Knoten Landvogteischloss **mit grosser Mehrheit** bei 5 Gegenstimmen **bewilligt**.



## 6. Parkhaus Posttäli; Kreditbegehren

**Vizeammann Michael Wetzel:** Der Standort für das Parkhaus Posttäli ist bautechnisch nicht sehr einfach. Das Umfahrungsprojekt sieht vor, dass der Tunnel das Posttäli in der ganzen Konstruktionshöhe durchschneidet. Anstatt den Teil hinter dem Tunnelkasten mit Aushub aufzufüllen, kann eine vollständig überdeckte Parkieranlage mit insgesamt 163 Abstellplätzen realisiert werden. Er zeigt anhand einer Folie den Grundriss und Querschnitt der Parkieranlage sowie die künftige Gestaltung des Posttälis. Damit verändert sich die mit dem Umfahrungsprojekt vorgesehene naturnahe Gestaltung des Posttälis nicht. Der Nutzen einer solch grünen Oase in der Nähe des Dorfzentrums und der Schulanlagen sowie am Arbeitsweg von vielen Leuten darf nicht unterschätzt werden und ist ein oft geäussertes Anliegen der Bevölkerung. Zur Förderung eines verkehrssarmen Zentrums soll die Erschliessung rückwärtig ab der Bachtalstrasse erfolgen. Dadurch kann auch dorfinerner Mehrverkehr über die Bachtalstrasse, untere Hertensteinstrasse und den Postweg vermieden werden.

Aufgrund der möglichen Nutzung im gesamten Zentrums- und Bädegebiet sind rund 500 Parkplätze erforderlich. Ein kleiner Teil davon ist durch vorhandene Parkplätze abgedeckt. Ein weiterer Teil der Parkplätze kann mit den künftigen Überbauungen abgedeckt werden. Insbesondere ist vorgesehen, mit dem Gestaltungsplan Zentrum rund 60 Parkplätze zu realisieren. Ein wesentlicher Teil der nötigen Parkplätze soll jedoch mit der Parkieranlage Posttäli abgedeckt werden. Dabei ist zu beachten, dass im Gebiet Postplatz und entlang des Postweges rund 50 vorhandene Parkplätze wegfallen. Das Parkhaus Posttäli besteht aus drei halbgeschossig versetzten schiefen Ebenen wie im Parkhaus beim Stadtcasino in Baden. Die interne Erschliessung mit kurzen Verbindungswegen, einfacher Überwindung der Höhendifferenzen, drei Treppenhäusern, einer Liftanlage, Frauen- und Behindertenparkplätzen machen das Parkhaus attraktiv und sicher für alle Benutzer/-innen. Von den insgesamt 163 Parkplätzen sollen mittel- und längerfristig maximal 100 Parkplätze an Anwohner/-innen und das Gewerbe verkauft oder fest vermietet werden. Die restlichen Parkplätze sollen den Kurzparkierer/-innen gegen Gebühr zur Verfügung stehen. Die Baukosten betragen 6,85 Mio. Franken. Nachdem keine grösseren Gewerbebetriebe in Ennetbaden ansässig sind, die als Partner für einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb in Frage kommen, soll die Gemeinde allein als Bauherrschaft auftreten. Durch den Verkauf von maximal 100 Parkplätzen wird die Trägerschaft mittelfristig jedoch breit abgestützt. Für die Finanzierung soll der vorhandene zweckgebundene Parkplatzfonds von rund 1 Mio. Franken aufgelöst werden. Der Restbetrag wird von der Gemeinde vorfinanziert, wobei mittelfristig durch den Verkauf von maximal 100 Parkplätzen bis 4 Mio. Franken in die Gemeindekasse zurückfliessen. Der effektive Verkaufspreis der einzelnen Parkplätze richtet sich nach der Marktlage und kann heute noch nicht festgelegt werden. Die Betriebskosten (ohne Abschreibung und Verzinsung) betragen pro Jahr rund Fr. 100 000.— bzw. Fr. 50.— bis Fr. 60.— pro Parkplatz und Monat. Die zugezogenen Spezialisten haben errechnet, dass ab dem fünften Betriebsjahr die Auslastung gut sein wird, sodass ab dem achten Betriebsjahr voraussichtlich Überschüsse, zur Deckung der Zinskosten und für Abschreibungen, entstehen.

Die Realisierung des Parkhauses ist eng verknüpft mit der Umfahrung. Die Detailplanung, die Ausschreibung und der Bau müssen gleichzeitig und koordiniert mit der Umfahrung erfolgen. Nachdem das Umfahrungsprojekt im Jahre 2002 die Baureife erreicht, muss der Entscheid über das Parkhaus heute gefällt werden, obwohl der Baubeginn noch nicht definitiv festgelegt werden kann. Die Lösung der heutigen Parkierungsprobleme und das Bereitstellen von Parkraum für die künftige Entwicklung des Zentrums ist eine einmalige Chance, die es zu nutzen gilt.

In der **Diskussion** erkundigt sich **Frau Marie-Christine Thury-Im Hof**, ob der Schulhausplatz für die Kinder während der Bauzeit noch benutzt werden kann und ob der Schulhausplatz später für die Parkierung nicht mehr benützt werden darf.

**Frau Margareta Grabscheid** möchte wissen, wo der Fussweg von der Kirche Richtung Postplatz angelegt wird.

**Gemeindeammann Dieter Gerber** zeigt anhand der Folie über die künftige Gestaltung des Posttälis den Verlauf der verschiedenen Fusswegverbindungen.

**Frau Judith Meier-Gander:** Wer soll das Parkhaus benutzen? Sind dies Auswärtige oder Leute vom Dorf?

**Herr Paul Einsele** stellt fest, dass die provisorische Überbauung im Zentrum im vorliegenden Projekt für die Parkierungsanlage nicht berücksichtigt ist.

**Bauverwalter Meinrad Zehnder** erläutert, dass das Vorgesuch für die mögliche erste Etappe einer Überbauung im Zentrum beim Postplatz nichts mit dem Parkhaus im Posttäli zu tun hat. Es handelt sich dabei um zwei verschiedene Projekte.

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Die Benützbarkeit des Schulhausplatzes während der Bauphase gibt Probleme auf. Der Bauvorgang muss noch detailliert abgeklärt werden, wobei Provisorien für die Kinder bei Bedarf vorgesehen werden müssen. Nach dem Bau der Umfahrung erhält der Schulhausplatz mit dem Posttäli eine zusätzliche Attraktivität. Das Parkhaus wird von den Anwohner/-innen im Zentrum und Bäderquartier benützt. Die Kurzparkplätze dienen als Ersatz für die wegfallenden Parkplätze sowie für einheimische und auswärtige Personen, die ins Zentrum von Ennetbaden wollen. Ein Ziel ist auch, den Schulhausplatz längerfristig nicht mehr für die Parkierung zur Verfügung zu stellen. Ein Versprechen ist im heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

**Frau Judith Meier-Gander:** Sofern die Buslinienverlängerung bewilligt wird, müssen die Einwohner/-innen von Ennetbaden ja nicht mehr mit dem Auto ins Zentrum.

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Die Mobilität ist da und kann nicht einseitig abgedeckt und bewältigt werden, da heisst der individuelle Verkehr kann nicht verboten werden. Es braucht sowohl den öffentlichen Verkehr als auch den individuellen Verkehr.

**Herr Mirco Monico:** Die Parkierung könnte doch auch mit der geplanten Überbauung im Zentrum realisiert werden.

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Mit den privaten Überbauungen kann nur ein Teil des Parkplatzdefizites abgedeckt werden. Die Parkieranlage im Posttali ist eine Einheit mit der Umfahrung und dient der künftigen Entwicklung des Zentrums- und Bädergebietes.

**Herr Hans Jürg Huber** befürchtet, dass durch das höhere Verkehrsaufkommen die Ausfahrt der Anwohner/-innen der Bachtalstrasse nicht mehr möglich ist.

**Herr André Martenet** bemerkt, dass die Velofahrer nicht mehr ins Posttali hinabfahren können.

**Gemeindeammann Dieter Gerber** stellt fest, dass bereits heute für Velofahrer ins Posttali ein Fahrverbot besteht. Die Bachtalstrasse wird nicht wesentlich mehr oder weniger Verkehr haben. Der Zusatzverkehr wegen der Parkieranlage darf nicht überschätzt werden.

**Herr Thomas Kölliker** stellt fest, dass der Parkplatzbedarf für das Bäder- und Zentrumsgebiet bzw. die Ennetbadener/-innen sehr hoch ist. Wo sind dann die Parkplätze für Auswärtige, die ins Zentrum wollen?

**Gemeindeammann Dieter Gerber:** Die Studie hat gezeigt, dass insgesamt im Bäder- und Zentrumsgebiet rund 500 Parkplätze fehlen. Weitere Parkplätze müssen nötigenfalls in der Peripherie realisiert werden. Die Gemeinde Ennetbaden kann nur über das Posttali bestimmen und damit einen Teil der Parkplätze zur Verfügung stellen.

Nachdem keine Wortmeldung mehr erfolgt, **beantragt Gemeindeammann Dieter Gerber** das vorliegende Bauprojekt für die Parkieranlage Posttali zu genehmigen und für den Bau einen Kredit von brutto Fr. 6 850 000.— (Preisstand April 2000) zu bewilligen und den Gemeinderat zu ermächtigen, rund 100 Parkplatzeinheiten an Dritte zu veräussern.

In der **Abstimmung** wird die Parkieranlage Posttali **mit grosser Mehrheit** bei 10 Gegenstimmen **gutgeheissen**. **Gemeindeammann Dieter Gerber** stellt fest, dass damit gegenüber dem Kanton ein weiteres Zeichen für eine rasche Realisierung der Umfahrung gesetzt wurde.

## **7. Zustimmung zur Buslinienverlängerung Richtung Äusserer Berg mit baulichen Massnahmen; Kreditbegehren**

**Gemeinderätin Patrizia Bertschi-Hitz:** Ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr trägt wesentlich zur Wohnqualität in einem Dorf bei. Heute besteht die Gelegenheit das Angebot des öffentlichen Verkehrs in Ennetbaden durch die Verlängerung der RVBW Linie 5 in den Äusseren Berg zu verbessern. Ein erster Vorschlag zur Verlängerung der Linie 5 wurde im Jahre 1995, entsprechend dem Antrag des Gemeinderates, aus Kostengründen abgelehnt. Damals wurde zugesichert, die erwünschte Buslinienverlängerung zu prüfen, sobald sich die Ausgangslage ändert. Mit der Inbetriebnahme des neuen Busterminals beim Bahnhof West in Baden verkürzen sich die Fahrzeiten im Stadtgebiet Baden, sodass die Buslinienverlängerung in den Äusseren Berg ohne zusätzliche Fahrzeuge möglich wird. Die Mehrkosten aufgrund des Verteilschlüssels des Verkehrsverbandes Aargau Ost (VAO) betragen für die Verlängerung rund Fr. 118 000.— pro Jahr. Mit der vorgeschlagenen Linienführung werden die Wohngebiete im Geissberg optimal erschlossen. Aufgrund der Hanglage ist die Buslinienverlängerung insbesondere für ältere Leute, aber auch für Schulkinder mit kurzen Mittagszeiten vorteilhaft. Für Jugendliche und Erwachsene erhöht sich die Sicherheit bei einer

Heimkehr, wenn es bereits dunkel ist. Selbstverständlich dient die Verlängerung auch den Pendler/-innen für den Arbeitsweg und für Einkäufe. Ein Nachteil ist der Lärm der durch den Bus in den Wohnquartieren und vor allem beim Anhalten und Anfahren bei den Bushaltestellen entsteht. Die Vorteile überwiegen jedoch in den meisten Fällen auch für die davon betroffenen Anwohner/-innen.

Die Linienführung via Trottenstrasse – Gärtnerweg – Höhtalstrasse – Friedhof – Schlierenstrasse – Rebbergstrasse zur Wendeschleife bei der Trafostation Äusserer Berg und zurück ist optimal. Die eingehend geprüften kleineren und grösseren Schlaufenfahrten stellen keine gleichwertige Alternative dar, da die Erschliessungsqualität für die Buskunden in verschiedenen Gebieten wesentlich schlechter wird, denn der Bus benötigt irgendwo in der Schleife eine Pufferzeit um Verspätungen aufzufangen und würde dadurch für einen Teil der Fahrgäste zum Wartsaal. Für einen grösseren Teil der Bevölkerung würde die Schleife zudem längere Fusswegdistanzen mit Höhenunterschieden verursachen. Die einmaligen Kosten für die Buswendeschleife, das Erstellen einer Toilettenanlage für die Buschauffeure und das Entfernen der Auframpung in der Schlierenstrasse betragen Fr. 90 000.—.

In der **Diskussion** findet **Frau Yvonne Wanner-Kunz** die Buslinienverlängerung für alle Anwohner/-innen in den Wohnquartieren am Geissberg sehr positiv und erkundigt sich, ob die Abfahrt der Busse beim Bahnhof Baden am Abend 5 Minuten später erfolgen könnte, damit die Anschlüsse gewährleistet sind.

**Herr Claudio Arnold** unterstützt die Buslinienverlängerung und ist der Ansicht, dass auf die Toilettenanlage verzichtet werden könnte, denn die Buschauffeure könnten ihr Geschäft im neuen Bahnhof in Baden erledigen.

**Gemeindeammann Dieter Gerber** bestätigt, dass das Abwarten der Züge vor den Abfahrten der Busse nach Ennetbaden ein berechtigtes Anliegen ist. Mit dem neuen Busbahnhof und der Fahrplanverdichtung werden diese Mängel behoben. Die Toilettenanlage muss natürlich dort sein, wo die Buschauffeure Wartezeiten haben.

**Herr Urs Beck:** Die Schlaufenfahrt wird von den Fachleuten, die keine Anwohner/-innen sind und nicht berücksichtigen wieviel Lärm ein Bus verursacht, nicht empfohlen. Zudem stellt er fest, dass in Ennetbaden keine Bedarfsabklärungen betreffend Buslinienverlängerung gemacht wurden. Es wurde auch nicht geprüft, ob ausserhalb der Spitzenzeiten kleinere Fahrzeuge eingesetzt werden können. Die Anwohner/-innen im Einzugsgebiet haben mindestens ein Auto. Er **beantragt**, erstens die Schlaufenvariante und zweitens die Einsetzung von kleineren Fahrzeugen ausserhalb der Spitzenzeiten nochmals zu prüfen.

**Frau Yvonne Wanner-Kunz** stellt fest, dass bereits heute abends Kleinbusse eingesetzt werden und findet es ein bisschen peinlich, wenn für die Buschauffeure keine Toilettenanlage zur Verfügung gestellt wird.

**Gemeindeammann Dieter Gerber** stellt fest, dass die Buslinie durch die RVBW betrieben wird. In diesen Betrieb kann sich die Gemeinde nicht einmischen. Die RVBW wissen, zu welchen Zeiten allenfalls kleinere Busse eingesetzt werden können und machen dies auch, sofern es betriebswirtschaftlich vorteilhaft ist. Die Bedarfsabklärung bei der Bevölkerung erfolgte bereits für die Antragstellung im Jahre 1995. Obwohl schon damals der Bedarf bejaht wurde, musste die Linienverlängerung aus Kostengründen abgelehnt werden. Die verschiedenen Varianten von Schlaufenfahrten wurden eingehend geprüft. Die heute vorgeschlagene Linienführung ist gesamthaft gesehen nahezu eine optimale Erschliessung.

Die Schlaufe wird nur aus Lärmimmissionsgründen gewünscht. Für diese Haltung der betroffenen Anwohner/-innen hat der Gemeinderat Verständnis. Die Ausgleichszeit kann aber aus Platzgründen nicht beim Bahnhof im Zentrum erfolgen, sondern an den Enden der Linie 5, weshalb an der vorgeschlagenen besseren Linienführung festgehalten wird.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, wird in der **ersten Abstimmung** über den **Rückweisungsantrag von Herrn Urs Beck**, welcher verlangt, dass eine Schlaufenfahrt nochmals zu prüfen ist, befunden. Dieser Antrag wird **mit grosser Mehrheit** bei einer Gegenstimme **abgelehnt**.

In der **zweiten Abstimmung** wird über den **Antrag von Herrn Urs Beck**, wonach geprüft werden soll, in Nichtspitzenzeiten kleinere Fahrzeuge einzusetzen, befunden. Dieser Antrag wird **mit grosser Mehrheit** bei zwei Gegenstimmen **abgelehnt**.

**Gemeindeammann Dieter Gerber beantragt**, somit der Buslinienverlängerung Richtung Äusserer Berg, gemäss Vorschlag des Gemeinderates, mit den entsprechenden jährlichen Mehrkosten, ab Fahrplanwechsel am 10. Juni 2001, zuzustimmen und für die einmaligen baulichen Massnahmen einen Kredit von Fr. 90 000.— zu bewilligen.

In der **Abstimmung** wird die Buslinienverlängerung Richtung Äusserer Berg mit den einmaligen baulichen Massnahmen von Fr. 90 000.— **mit grosser Mehrheit** bei einer Gegenstimme **genehmigt**.

**Gemeindeammann Dieter Gerber** dankt für die Zustimmung zu den heutigen, zukunftsweisenden Geschäften sowohl für den öffentlichen Verkehr als auch für den individuellen Verkehr. Er ist überzeugt, dass die Mobilitätsbedürfnisse in einem gesunden Mix zu lösen sind.

## 8. Verschiedenes

**Herr Werner Keller:** Es wurde heute Abend über den Bus und die Qualität der Fahrzeuge gesprochen. Der Gemeindeammann hat dabei ausgeführt, dass der Einsatz der Fahrzeuge eine Sache der RVBW seien. Er ersucht den Gemeinderat trotzdem, bei den RVBW vorstellig zu werden und anzuregen, die alten, lärmigen Volvobusse so bald als möglich zu ersetzen.

**Herr Walter Willi** erwähnt, dass mit der Inbetriebnahme der Obersiggenthaler Brücke weniger PTT-Busse via Ennetbaden verkehren. Er möchte deshalb wissen, warum dann Mehrkosten von Fr. 96 000.— entstehen.

**Gemeindeammann Dieter Gerber** erwähnt, dass diese Kosten ab Fahrplanwechsel im Juni 2001 anfallen. Nach der Eröffnung der Obersiggenthaler Brücke im Herbst 2002 entsteht eine neue Situation. Je nach definitiver Führung der verschiedenen Linien, ändern selbstverständlich auch die Kosten. Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, dankt er allen Anwesenden für das Erscheinen und schliesst die Versammlung mit der Einladung zu einem Apéro im Foyer und den besten Wünschen für das neue Jahr.

Schluss der Versammlung: 22.00 Uhr.

**Einwohnergemeindeversammlung**

**Namens**

**der**

Der Gemeindeammann:

Dieter Gerber

Der Gemeindeschreiber:  
Anton Laube